

Bester Schutz

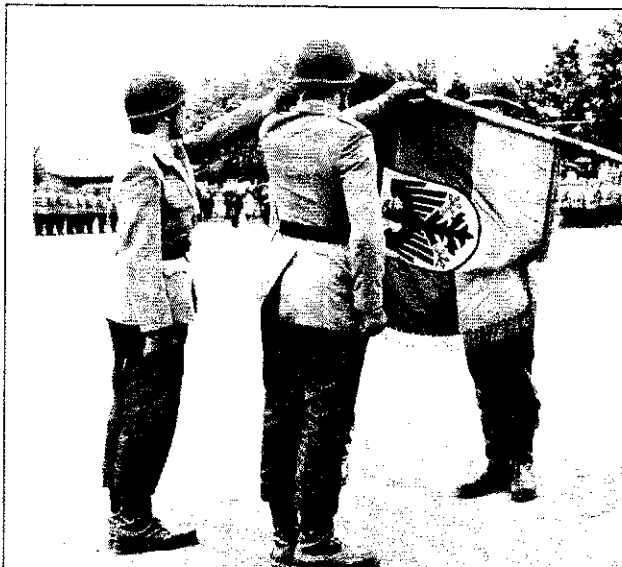
Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht fordert Verstärkung für die Landespolizei im Kampf gegen rebellische Kernkraftgegner. Bei einer Kaffeetafel mit Gemeindevertretern in Trebel nahe Gorleben sprach er sich für besten Schutz während der geplanten Probebohrungen für eine Atom-mülldeponie aus: „Ich persönlich plädiere dafür, gewisse Bundesgrenzschutzseinheiten auf Dauer in diesem Raum zu stationieren.“ Albrecht, der von zornigen Bürgern mit Sprechhö-

ren („Wi wüllt kein Atomschiet hier“) empfangen worden war, bat die Lokalpolitiker um Mithilfe: „Das, was Sie da draußen hören, ist nur eine Kleinigkeit von dem, was zu erwarten ist. Ich bitte Sie, uns regelmäßig zu benachrichtigen, wenn hier Dinge passieren, die über das normale Maß hinausgehen.“

Für die Antarktis

Als die Bundesregierung letzte Woche ein umstrittenes U-Boot-Geschäft mit Argentinien durch eine Bürgerschaft absichern ließ, stimmte nur einer dagegen

— Forschungsminister Hans Matthöfer. Erst schlug er vor, statt für Argentinien Militärregierung solle die an Auftragsmangel leidende Emdener Thyssen Nordseerwerke GmbH lieber ein U-Boot für die Bundeswehr bauen. Doch Verteidigungsminister Georg Leber bedauerte: „Wir brauchen aber keins, Hans.“ Darauf empfahl Matthöfer, Forschungsschiffe für die Antarktis konstruieren zu lassen. Kanzler Helmut Schmidt beehrte jedoch seinen eifrigen Minister: „Das ist kein Ersatz für U-Boote. Bis die so was bauen könnten, wäre die Werft schon pleite.“



Rekruten beim Feierlichen Gelöbnis, Ersatzdienstler bei der Altenpflege: „Möglicherweise nicht lästig genug“

Steckt Georg Leber zurück?

Von der christdemokratischen Furcht, die steil gestiegene Zahl von Wehrdienstverweigerern könne die Bundeswehr außer Gefecht setzen, scheint inzwischen auch die sozialliberale Koalition infiziert.

Vor dem Karlsruher Verfassungsgericht, das in der vergangenen Woche die Oppositionsklage gegen die seit dem 1. August praktizierte Wahlfreiheit zwischen Kriegs- und Zivildienst verhandelte, gerieten die Anwälte der Bundesregierung in die Defensive: Die „lästige Alternative“ Zivildienst, räumte der Kölner Rechtsprofessor Martin Kriele ein, sei „möglicherweise nicht lästig genug“.

Als Falle der Regierung zu ihrem einst als Erlösung von der „Gewissensmarter“ gepriesenen Gesetz nichts Positives mehr ein, gestand Kriele den Verfassungsrichtern, die Bonner Beklagten seien „für einen Rat des Gerichtes nicht undankbar“.

So sehr hat die Bugwelle von zuletzt fast 10 000 Wehrdienstverweigerern im Monat die Bundesregierung verstört, daß sie schon die Wiedereinführung einer — modifizierten — Gewissensprüfung erwägt. Auch eine Ausdehnung des gegenüber dem Wehrdienst ohnehin schon

drei Monate länger währenden Zivildienstes von 18 auf 24 Monate ist im Gespräch.

Professor Erhard Denninger, Rechtsvertreter der Koalitions-Fraktionen des Bundestags, hält die aufs Doppelte bis Dreifache angestiegenen Verweigerungszahlen für ein Indiz, daß sich der Gesetzgeber mit seiner Zuversicht in jugendliche Wehrwilligkeit getäuscht haben könne.

Auch Verteidigungsminister Georg Leber fühlt sein „Vertrauen in diese Jugend“ mißbraucht. So erfuhr er von einem Ersatzdienstler, der es sich bei täglich dreistündiger Betreuung einer Pfarrbücherei gut sein läßt. Rund 5000 Abiturienten, die später Medizin studieren wollen, profitieren von der Reform, indem sie mit dem Dienst in Krankenhäusern zugleich ihr Vorpraktikum absolvieren und nebenher weiterstudieren.

Umgekehrt freilich wäre mancher Klinik-Betrieb ohne Zivildienstler, von denen drei bis vier nur soviel wie eine Schwester kosten, gar nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das soziale Engagement der Wehrdienstverweigerer möchten nicht einmal die Unions-Klärer bestreiten, die ansonsten überall nur „Opportunismus“ sehen.